



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale lehnen Millionen-Paket ab
Für Rückfragen	Martin Bäumle, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	20. September 2011

Der Parteipräsident der Grünliberalen plädierte auf Nicht-Eintreten auf die Gesetzesvorlagen zur Abfederung der Frankenstärke

Ursprünglich hat der Bundesrat CHF 2 Milliarden für die vom starken Franken betroffenen Branchen ausschütten wollen. Sein angekündigtes Massnahmenpaket ist mittlerweile auf CHF 870 Mio. geschrumpft. Nach Analyse der einzelnen Massnahmen ist für die Grünliberalen klar, dass es sich beim vorgeschlagenen Paket um einen hilflosen und teuren symbolischen Akt angesichts der anstehenden Wahlen handelt. Zielführend agieren kann einzig die Schweizerische Nationalbank. Dies hat sie mit der Festlegung einer Euro-Untergrenze von CHF 1.20 getan. Jetzt muss die Politik zugestehen, dass kurzfristig keine weiteren Handlungen mehr sinnvoll sind und sie sich auf eine nachhaltige Stärkung der Wirtschaft und KMU konzentrieren muss.

Die Grünliberalen kritisieren das vorgeschlagene Paket, weil die darin enthaltenen Massnahmen, die von der Frankenstärke betroffene Wirtschaft praktisch nicht unterstützten. Die meisten Massnahmen sind bestenfalls gut gemeint, verursachen Administration oder fördern teilweise kontraproduktive Strukturhaltung. Die Grünliberalen plädierten im Rat stark dafür, dass es auch kurz vor den Wahlen wichtig ist, die Nerven zu behalten und nicht mit teuren und am Ende doch wirkungslosen Massnahmen Effekthascherei zu betreiben.

Zu den Massnahmen im Detail:

- Die Aufstockung der Kredite für die Forschung begrüssen die Grünliberalen grundsätzlich. Sie bezweifeln aber, dass die Beurteilung, wer von den Währungsrisiken am meisten betroffen ist und Geld erhalten soll, innert nützlicher Frist und ohne riesige administrative Aufwände evaluiert werden kann. Seit dem Entscheid der SNB mit der Untergrenze 1.20 stimmt das Kosten-Nutzen-Verhältnis noch weniger und die Gesetzesanpassung ist weitgehend nutzlos.
- Auch die Aufstockung der Innovationsförderung erachten die Grünliberalen als langfristig sinnvoll. Dies ist aus Sicht der Partei die einzige Massnahme, die der Wirtschaft zu Gute käme. Dennoch bestreiten die Grünliberalen, dass die zusätzlichen CHF 100 Millionen sinnvoll in Projekte bis Ende Jahr eingesetzt werden können. Vernünftigerweise müssten die ordentlichen Budgets für und ab 2012 aufgestockt werden. Mit kurzfristigen Änderungen der Beitragssätze werden falsche Signale gesetzt, gültige Grundsätze verletzt und kurzfristig auch mit viel Administration sicher nicht die richtigen Projekte gefördert. Dasselbe gilt für die Gelder in den Nationalfonds und die Beiträge an die ETH, welche im Rahmen der Budgets ab 2012 nachhaltig erhöht werden sollen.
- Mit der Erhöhung der Mittel für die Personenbeförderung fördert der Staat in erster Linie den Staat im Staat und nicht die Wirtschaft. Trotz Sympathie für den öV – diese Gesetzesänderung hat nichts mit der Frankenstärke und der Unterstützung der betroffenen Wirtschaft zu tun.
- Die Aufstockung der Mittel an die Arbeitslosenkasse kommt zu früh. Unternehmen werden geradezu aufgefordert, vorsorglich Kurzarbeit einzuführen und sich vom Topf zu bedienen. Sollte mehr Kurzarbeit erforderlich sein, können die nötigen Mittel bereits heute und ohne eine Gesetzesänderung vollzogen werden

Unbestritten, der starke Franken ist für Teile der Wirtschaft ein Problem. Es darf aber nicht vergessen werden, dass die gegenwärtige Situation auch Gewinner hervorbringt. Insgesamt ist die Import/Export-Bilanz der Schweiz ausgeglichen. Die Weitergabe von Währungsgewinnen muss daher noch stärker eingefordert werden. Wettbewerbskommission und/oder der Preisüberwacher müssen weiter gestärkt werden.

Für die Grünliberalen ist klar: die Hauptverantwortung in Wechselkursfragen liegt bei der Schweizerischen Nationalbank. Diese hat mit der Festlegung einer Euro-Untergrenze von CHF 1.20 einen klaren Schritt unternommen, welches bisher Wirkung zeigt. Diesen Schritt gilt es weiter zu tragen, auch wenn die SNB noch stärker geprüft werden sollte. Der Staat muss auch bereit sein, mögliche längerfristige Folgen abzufedern. Daher sind Staatsschulden weiterhin abzubauen und Ausgaben nachhaltig zu optimieren. In dieser Konsequenz hätte die bürgerliche Mehrheit geschlossen dem Nichteintretens-Votums des grünliberalen Präsidenten Martin Bäumle folgen müssen. Fast geschlossen haben FDP, CVP und BDP das Eintreten beschlossen und über 800 Millionen Franken gesprochen. Sie verschleiern damit, für ein fragwürdiges Signal, über 800 Millionen Franken Steuergelder. Dieses Signal widerspricht jeglicher finanzpolitischer Vernunft, glaubwürdige Begründungen fehlen.

Grundsätzlich sind Innovation und Forschung nachhaltig zu fördern. Dazu gehören kurzfristige Steuerbefreiung von Forschung und Entwicklung und längerfristig eine ökologische Steuerreform mit dem grünliberalen Konzept „Energie statt Mehrwertsteuer“